



Das neu aufgestellte Schild zeigt es: Die Kirchenstraße, die nur für Anwohner und Lieferanten zugelassen ist, ist ab sofort **Einbahnstraße in Richtung Alte Straße**. Foto: Klöforn

Stadtrat drückt aufs Gaspedal

Sitzung dauert nur 25 Minuten – Stadt geht gegen unerlaubten Autoverkehr in Kirchenstraße vor

Von Rainer Klöforn

BREMERVÖRDE. Nur knapp 25 Minuten hat der Bremervörder Stadtrat am Dienstag benötigt, um die kurze Tagesordnung der dritten Sitzung in diesem Jahr abzuschließen. Die Themen boten keinen Anlass für Streit zwischen den Fraktionen, es gab ohne Ausnahme einstimmige Beschlüsse.

Die interessanteste Neuigkeit teilte Bürgermeister Detlev Fischer (CDU) am Ende der vom Ratsvorsitzenden Peter Hoheisel (CDU) geleiteten Sitzung unter dem Punkt „Mitteilungen und Anfragen“ mit. Die Kirchenstraße in Bremervörde von der Liffssäule in Richtung Alte Straße ist ab sofort Einbahnstraße.

Mit der jetzigen Situation ist die Stadt nämlich unzufrieden. Obwohl die Kirchenstraße nur von Anwohnern und Lieferanten befahren werden darf, würden sie immer mehr Autofahrer als Durchgangstraße nutzen. Dem soll jetzt möglichst ein Riegel vorgeschoben werden. „Wir wollen

mal sehen, was dann passiert“, sagte Fischer zu der schon seit einiger Zeit angedachten Lösung.

Einig war sich der Stadtrat darin, die Laufzeit der Sanierungsmaßnahme „Innenstadt Süd“ um fünf Jahre zu verlängern, um weitere Maßnahmen durchführen zu können. Die damit verbundene Kostenrahmenerhöhung um 2,4 Millionen Euro soll zum größten Teil durch Bundes- und Landesmittel in Höhe von 1,6 Millionen Euro gegenfinanziert werden. Der Bremervörder Anteil von 800.000 Euro soll auf die Haushaltsjahre 2018 bis 2023 verteilt werden.

Die Sprecher von CDU und SPD, Frank Pingel und Berit Nie-

ßen-Hohmeyer, unterstützten den Vorschlag. Die noch vorgesehenen Maßnahmen seien zu wichtig für die Entwicklung in diesem Bereich, um nicht noch abgeschlossen zu werden. Allerdings sei auch klar, dass durch die zusätzlichen Ausgaben andere Vorhaben eventuell nicht angepackt werden könnten. Bis auf Tanja Eichfeld von der Linken, die sich der Stimme enthielt, stimmten alle Ratsmitglieder für die Verlängerung der Sanierungsmaßnahme.

Kein Nachtragshaushaltsplan

Jeweils einstimmig gefasst wurden auch die Satzungsbeschlüsse für die Änderung zweier Bebauungspläne. Im Fall von „Gartenstadt Engeo West“ ging es um die Ausweisung einer Fläche im Schulzentrum für den vom Landkreis geplanten Neubau von Gymnasium und Berufsbildenden Schulen, bei „Bremer Straße/Schubertstraße“ um die Festlegung, dass die Kindertagesstätte „Zau-

bermühle“ auf Dauer in einem Gebäude des Mühlen-Centers bleiben kann.

Wie Bürgermeister Fischer weiter mitteilte, sehen die Kommunalaufsicht des Landkreises und das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises keine Notwendigkeit für die Stadt, wegen des vorgesehenen Baues des Sekundar-I-Campus einen Nachtragshaushaltsplan für 2017 aufstellen zu müssen. In den Wintermonaten wird der Stadtrat mit den Beratungen für den Doppelhaushalt 2018/19 beginnen.

Verbessert werden soll die Breitbandversorgung der zu Bremervörde gehörenden Ortschaften. Auf Beschluss des Verwaltungsausschusses ist ein entsprechender Antrag an den Landkreis gerichtet worden. „Wir warten jetzt auf einen positiven Bescheid, um die Geschwindigkeit der Verbindungen bis zu 50 Mbit/s verbessern zu können“, so Fischer.